Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

Digitale Sammlungen

1932

25.01.1932 (Nr. 20)

Visual Library

BMZ

Einzelpreis 15 Pfennig

Montag, 25. Januar 1932 • Nummer 20

Bremer Nationalsozialistische Zeitung

Parteiamtliches Organ der Bremer Nationalsozialisten

Verlagsort Bremen. Herausgeber: Kurt Thiele Verlag: Bremer Nationalsozialistische Zeitung. Kurt Thiele. Geschäftsstelle und Redaktion: Papenstr. 15 Sprechstunden der Redaktion: Montag bis Freitag von 17 bis 19 Uhr. — Fernsprecher Domsheide 25878

Die BMZ erscheint jeden Werktag u. kostet RM 1,90 frei Haus, durch die Post zuzügl. 36 Pfg. Bestellgeld. Der Bezugspreis ist im Voraus zahlbar. Bei Betriebsstörung, Streik, Verbot, Aussperrung usw. hat der Bezieher keinen Anspruch auf Rückzahl. des Bezugspr.

Anzeigenberechnung: hiesige die 10gesp. Nonp.-Zeile Rm. 0,25, auswärts Rm. 0,30, im Textteil die 4gespalt. Textzeile Rm. 0,80, auswärts Rm. 1,—. Stellengesuche u. Familien-Anzeigen Rm. 0,10. Kleine Anzeigen Rm. 0,15. Platzvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Saargebiet als Faustpfand

Paris, 25. Jan. In der französischen Presse sowohl, als auch bei den Parteien tritt in den letzten Tagen der Plan einer Einbehaltung des Saargebietes als Faustpfand für die deutschen Tribute immer wieder in den Vordergrund. Die Blätter sind für eine Verschiebung der Abstimmung, bis Deutschland die Tribute bezahlt habe.

Brüning weicht aus!

Klägliche Antwort auf Hitlers Erklärungen - Rosenberg erwidert

SA.-Mann und Hitlerjunge ermordet

Er hätte besser geschwiegen!

Nachdem es der Kanzler bisher ängstlich vermieden hat, auf die bedeutungsvollen Anfragen vom Führer des deutschen Volkes einzugehen, nachdem er beispielsweise den letzten schwerwiegenden offenen Brief Adolf Hitlers keines Wortes gewürdigt hat, zwingt ihn jetzt das In- und Ausland zu einer Stellungnahme zur letzten großen Erklärung Adolf Hitlers gelegentlich der bekannten Berliner Besprechungen. Endlich, am Sonnabend ist die Antwort des Kanzlers erteilt worden, und zwar zum größten Bedenken des deutschen Volkes, das bestimmt einen Rücktritt Brünings erwartete.

Man urteilt gewiß nicht fehl, wenn man behauptet, daß es sich bei der erteilten Antwort des Kanzlers um ein trauriges Produkt von Angst und Schwäche handelt. Ueberhaupt geht die Antwort des Kanzlers weniger auf den sachlichen Inhalt der Erklärungen Hitlers, als auf eine verzweifelte Verteidigung seines Regierungs- und Handlungsprogramms ein. Und hier scheiden sich schon gleich zu Beginn die Geister. Brüning wagt es noch immer, seine alte Parole: „Erst erfüllen, dann sanieren", heute nennt er es zwar „Das Primat der Außenpolitik" zum Kernstück seines Regierungsprogramms zu stellen. Das ist uns erklärlich, denn unser Führer hatte, ausgehend von der Erneuerung der innerdeutschen Politik das Verschwinden des Systems von heute gefordert, Herr Brüning, dem dies unangenehm scheint, nennt es darum einfach: „Diskussion um Schlagwortbegriffe".

Brüning fordert „um der Sache willen" restloses Vertrauen und Geschlossenheit der Nation hinter seinem „Nein". Das Vertrauen zum Kanzler, wenn auch teils nur vom Feldmarschall geborgt, ist im Volk, das längst schon „Nein" schrie, und das den Kanzler zwang, diese, seine Forderung endlich auszusprechen, aber auch restlos verwirtschafte.

Brüning ist nicht der Exponent des deutschen Volkes, er ist der Exponent einer Minderheit, die gestern „Ja" und heute ebenso laut „Nein" sagt.

Die Rede Lavals in der französischen Kammer beweist, was Frankreich von dem Nein des Kanzlers dieses Systems zu halten hat, beweist uns aber andererseits auch, wie recht unser Führer hat, wenn er sagt daß für die zukünftige Politik Deutschlands, die innerpolitische Lage, die Reinigung von den Spuren 13jähriger Systemherrschaft maßgebend ist.

Wenn der Kanzler zu diesen Argumenten schließlich nur noch zu sagen hat, Versailles hat an allem schuld, so können wir ihn dabei nicht ernst nehmen. Denn wer hat im Kampf gegen Tribute und Lasten, gegen Young und Versailles an der Spitze, in vorderster Front gestanden?! Herr Brüning mit seiner SPD. und den Erfüllungsparteien oder die NSDAP. mit ihrem Kampf und ihren Opfern?! Und gerade über diese wichtigen Momente, in der deutschen politischen Entwicklung, über die Worte Hitlers zur SPD., da schweigt sich der Kanzler aus — und sagt uns damit genug.

Und darum wird ihn nie das Vertrauen des Volkes halten, klarer als jemals zuvor zeigt diese Antwort Brünings, daß er nicht bleiben kann, daß er niemals in der Lage sein wird, Führer Deutschlands zu sein. Hoffen wir, daß er die Einsicht besitzt, im Namen des Volkes zurückzutreten.

Auf keinen der klaren Punkte der Erklärung unseres Führers versucht oder kann der Kanzler eingehen, dafür will er mit Schlagworten und Wendungen seinen Gegner in den Augen des Volkes ins Unrecht setzen — kläglich!

Das Volk hat sich gegen den letzten Kanzler und sein System am Sonnabend durch seinen Führer Adolf Hitler in München das letzte Wort genommen:

„Wir verlangen von ihnen nichts anderes, als daß sie uns nun die nächsten dreizehn Jahre abtreten zur Wiederaufrichtung Deutschlands. Wenn sie erklären: „Wir können das nicht, wir sind verantwortlich", so sagen wir: Wem seid ihr denn verantwortlich? Vielleicht der Nation? Fragt sie doch! Sie wird euch euer Urteil ausstellen. Deutschland kann nicht frei werden, bevor das System überwunden wird, das Deutschlands Zerrüttung verschuldete. Es ist Zeit, daß diese Männer abtreten. Sie sagen: Wir gehen nicht. Wir sagen: Wir werden euch entfernen, so wahr wir hier stehen. Die Parteitürme Deutschlands, mögen sie heißen wie sie wollen, reißen wir ein. Wir werden sie zertrümmern und in Schutt schlagen und darauf den Turm der deutschen Nation aufbauen."

—quen.

Auch eine Antwort

Berlin, 23. Jan. Die Antwort der Reichsregierung an Adolf Hitler wird nunmehr veröffentlicht. Der Brief des Reichskanzlers ist vom 22. Januar datiert und sechseinhalb Schreibmaschinenseiten lang. Der Brief befaßt sich mit den verfassungsrechtlichen und den politischen Bedenken, die Hitler gegen die Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten geäußert hatte. Der Kanzler weist in dem Briefe darauf hin, daß es sich niemals um die Aufhebung der die Wahl des Reichspräsidenten betreffenden Bestimmungen der Weimarer Verfassung gehandelt habe, sondern daß es sich lediglich darum handele, die Amtsdauer der geschichtlichen Gestalt des jetzigen Reichspräsidenten aus Gründen des Gesamtwohles des Volkes auf eine gewisse Zeit zu verlängern. Der Kanzler weist sodann darauf hin, daß eine Aenderung der Verfassung im Wege der Gesetzgebung zulässig und die politischen Argumente Hitlers unsachlich seien. Er betont, seine Anregung in der Präsidentschaftsfrage sei ausschließlich von nationalen überparteilichen Gesichtspunkten diktiert gewesen. Er müsse es ablehnen, mit Hitler in eine Erörterung über Schlagwortsbegriffe einzutreten. Er müsse es ferner auffällig finden, daß er die Hauptursachen der deutschen Not auf parteipolitische Verhältnisse zurückführe. Nach fast allgemeiner Auffassung sei ein außenpolitischer Tatbestand, nämlich der Versailler Vertrag mit seiner politischen und wirtschaftlichen Ungerechtigkeit und Unvernunft der entscheidende Grund der deutschen Not. An diesem Gesichtspunkt gehe Hitler vorbei. (?) **Wenn er im übrigen seine, Brünings, Anregung in der Präsidentschaftsfrage als ein Produkt der Angst des Systems vor der politischen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus bezeichne, so könne er damit seine, Brünings, Mitarbeiter und ihn selbst nicht treffen. Durch das Vertrauen des Reichspräsidenten auf den Posten gestellt,** kennten sie alle nur ein Ziel, Rettung des Vaterlandes aus seiner großen Not. Der Kanzler schließt dann mit folgenden Worten: „Wir scheuen daher auch das Urteil des deutschen Volkes über unsere Maßnahmen nicht. Wenn Sie die von Ihnen gewünschte Beseitigung des „herrschenden Systems" als einen außenpolitischen Gewinn Deutschlands bewerten zu sollen glauben, so muß ich Ihnen die Verantwortung für diesen Angriff auf eine Regierung, die alle Kraft an die Besserung der Lage des deutschen Volkes in den kommenden Verhandlungen zu setzen entschlossen ist, überlassen. Es muß Ihnen bekannt sein, wie die ganze Arbeit dieser Regierung von dem Primat der Außenpolitik beherrscht wird. Ebenso aber werden Sie nicht leugnen wollen, daß der außenpolitische Erfolg zum Teil durch die Geschlossenheit bedingt ist, mit der die Nation hinter ihren Unterhändlern steht. Ich kann nur bedauern, daß Sie selbst in dieser kritischen Lage nicht die Folgerung aus dieser Wahrheit ziehen, die sich von selbst ergibt."

Sie fielen für uns

Hitlerjunge ermordet

Berlin, 24. Jan. In den frühen Morgenstunden des Sonntags ereignete sich in der Zwinglistraße eine schwere Bluttat. Mehrere jugendliche Zettelverteiler der NSDAP. wurden von politisch Andersdenkenden plötzlich überfallen und dabei dem 16jährigen Herbert Norkus aus Berlin-Plötzensee vier Messerstiche beigebracht. Im Krankenhaus verstarb der Schwerverletzte. Von den Tätern konnte bisher keine Spur ermittelt werden.

*

SA.-Mann von Kommunisten totgeschlagen

Neustadt (O.-Schl.), 23. Jan. In Zülz (Kreis Neustadt, O.-Schl.), verstarb Sonnabend der Diplomingenieur Bruno Schramm an den Folgen der Verletzungen, die er am Freitag bei einem kommunistischen Ueberfall erlitten hatte. Schramm, der der Zülzer SA. angehörte, befand sich mit anderen Nationalsozialisten auf dem Wege zum SA.-Heim, als plötzlich die Gruppe von Kommunisten überfallen wurde. Schramm wurde mit einem Knüppel zu Boden geschlagen und schwer verletzt. Drei Begleiter wurden leichter verletzt. Die Polizei hat mehrere Kommunisten unter dringendem Tatverdacht verhaftet.

Hitler und Rosenberg gegen Brüning und sein System

Berlin, 24. Jan. In einer nationalsozialistischen Kundgebung sprach am Sonntagmittag Reichstagsabg. Pg. Alfred Rosenberg, Hauptschriftleiter des „Völkischen Beobachter" und außenpolitischer Bevollmächtigter Hitlers. Pg. Rosenberg erklärte einleitend, 12 Jahre Verständigungspolitik hätten zur Folge gehabt, daß der deutsche Reichskanzler und seine Kollegen **heute öffentlich von der Pariser Presse als „Kanaillen" bezeichnet würden.** Der Redner unterstrich sodann das Recht Deutschlands auf eine Abrüstung der übrigen Völker. Die kommende Abrüstungskonferenz werde den Verständigungspolitikern eine neue Enttäuschung bringen.

Hinsichtlich der Lausanner Tributkonferenz warnte Rosenberg vor Illusionen. Der Reichsregierung müsse der größte Vorwurf daraus gemacht werden, daß sie im Youngplan eine sogenannte **Sanktionsklausel** zugelassen habe, die **Deutschland in schwerster Weise bedrohe. Die französische Tributpolitik fördere den Bolschewismus in Deutschland.** Es gebe aber andere Nationen, die an einer politischen Vernichtung Deutschlands nicht interessiert seien.

Zu der Antwort des Reichskanzlers an Hitler sagte Rosenberg u. a.: Wir müssen es außerordentlich bedauern, daß der Reichskanzler **eine derartig herausfordernde und oberflächliche Antwort erteilt hat.** Wenn Brüning sagt, Hitler hätte mit Schlagworten gearbeitet und schuld an den heutigen Zuständen seien nicht parteipolitische Verhältnisse, sondern der Vertrag von Versailles, so müssen wir feststellen: Zentrum und Sozialdemokratie haben seit 12 Jahren nicht gegen den Versailler Vertrag gekämpft, sondern alles getan, um ihn zu erfüllen und als erträglich hinzustellen. Eine Außenpolitik ist nur mit einer vollbewußten und eindeutig eingestellten Nation zu führen, nicht aber mit Parteien, die grundsätzlich das Recht des Landesverrats in Anspruch nehmen. Brüning und seine Freunde haben keine Berechtigung mehr, das nationale Deutschland zu vertreten, das allein für die Freiheit des Volkes 12 Jahre gearbeitet hat. Rosenberg machte sodann dem Reichskanzler den schweren Vorwurf, das Ausland gegen das nationale Deutschland zu Hilfe gerufen zu haben.

Hitlers Entgegnung an Brüning

München, 23. Jan. Adolf Hitler hielt am Sonnabend im Zirkus Krone eine einstündige Rede. Gegenüber der Erklärung Lavals, der Young-Plan stelle ein rechtsgültiges Dokument dar, erklärte Hitler, dieser Plan sei nur für die alten Machthaber rechtsgültig. Wenn der Kanzler erkläre, Hitler könne nichts anderes tun als die gegenwärtige Reichsregierung auch, so müsse festgestellt werden, daß die Reichsregierung allmählich damit beginne, was die Nationalsozialisten schon seit Jahren gefordert hätten. Freilich würden die nationalsozialistischen Vorschläge nur stümperhaft angewandt. Die Regierung erkläre, das deutsche Volk werde diesen Winter schon noch überwinden. Das deutsche Volk werde noch mehr Winter überwinden, weil es das heutige System überwinden werde. Es sei aber sehr zu bezweifeln, ob die Parteien und Menschen, die letzten Endes dafür verantwortlich gemacht werden müßten, auch noch den nächsten Winter überleben würden.

Wenn jemand die Schuld an der bisherigen Entwicklung trage, dann sei der erste Weg zur Besserung die Beseitigung der Schuldigen. So leicht kämen die Herren nicht um die Vergeltung herum, daß sie sagten: Wir sind auch nur das Opfer einer Weltkrise und des Friedensvertrages. Es gebe nichts auf der Welt an Ereignissen, wo nicht Menschen als Urheber dahinterständen. Die Revolution sei der Anfang der Schuld gewesen. Die Kriegsschuldlüge sei mit der Revolution aus der Taufe gehoben. Die Parteien, die heute an der Regierung seien, hätten die Revolution gemacht oder sie mindestens gebilligt und gedeckt. Die Parteien seien also an der Entwicklung schuld und müßten daher vernichtet werden. Brüning lebe der Hoffnung, daß Lausanne die Streichung der Tribute bringe. Man wisse aber noch gar nicht, ob die Konferenz überhaupt stattfinde. Wenn sie Deutschland von den Tributen erlösen würde, würde sie bestimmt nicht stattfinden. Dreizehn Jahre lang hätten die Vertreter des heutigen Systems Fehler über Fehler in der Regierung gemacht und das deutsche Volk in die Katastrophe getrieben. Wir verlangen von ihnen nichts anderes, als daß sie uns nun die nächsten dreizehn Jahre abtreten zur Wiederaufrichtung Deutschlands. Wenn sie erklären: „Wir können das nicht, wir sind verantwortlich", so sagen wir: Wem seid ihr denn verantwortlich? Vielleicht der Nation? Fragt sie doch! Sie wird euch euer Urteil ausstellen. Deutschland kann nicht frei werden, bevor das System überwunden wird, das Deutschlands Zerrüttung verschuldete. Es ist Zeit, daß diese Männer abtreten. Sie sagen: Wir gehen nicht: Wir sagen: Wir werden euch entfernen, so wahr wir hier stehen. Die Parteitürme Deutschlands, mögen sie heißen wie sie wollen, reißen wir ein. Wir werden sie zertrümmern und in Schutt schlagen und darauf den Turm der deutschen Nation aufbauen.

Auge gegenübertstellen, dann werde ich mich darüber erklären, vorher muß ich jede Antwort verweigern!"

Der Vorsitzende macht ihn darauf aufmerksam, daß er das Recht, die Aussage zu verweigern, nur dann habe, wenn er sich bei einer wahrheitsgemäßen Aussage der Gefahr einer strafbaren Verfolgung aussetze. Dr. Goebbels: **„Wenn ich das Recht nicht habe, dann nehme ich es mir. Die Angelegenheit ließe sich ja in fünf Minuten in Ordnung klären, wenn sich der Polizeipräsident entschließen könnte, den feigen Denunzianten zu nennen, damit man ihn hierherholen könne."** Hierauf entspinnt sich eine lebhafte Auseinandersetzung zwischen Staatsanwaltschaft und Verteidigung. Dr. Goebbels bleibt bei der Verweigerung der Aussage und das Gericht nimmt dann ein Protokoll auf, daß der Zeuge Goebbels solange nicht erklären wolle, bis ihm nicht die Vertrauensperson des Polizeipräsidiums genannt und gegenübergestellt werde.

Sozis, Kozis und Polacken in einer Front!

Das Scheitern des marxistischen Volksentscheides in Danzig

Das endgültige Ergebnis: 75 000 Stimmen

Danzig, 24. Jan. Da die Auszählung der Stimmziffern in den Außenbezirken, in denen die Wahlbeteiligung beträchtlich höher war als in der inneren Stadt, sich sehr in die Länge zog, lag das Gesamtergebnis aus sämtlichen Wahlbezirken erst um 21 Uhr vor. Es wurden insgesamt 77 102 Stimmen abgegeben, davon 75 329 mit Ja. Da zum Erfolg des Volksentscheides 111 284 Stimmen notwendig waren, so ist der **kommunistisch-sozialdemokratisch-polnische Volksentscheid gescheitert.**

Dank der sehr hohen Ziffern in den vornehmlich kommunistischen Außenbezirken haben die Parteien des Volksentscheides ihre Stimmziffern etwa auf der Höhe der letzten Volkstagswahl halten können. Die Hoffnung auf einen Zuwachs aus bürgerlichen Kreisen hat jedoch getrogen. **Sowohl die Nationalsozialisten,** als auch die bürgerlichen Parteien sind nach dem Endergebnis geschlossen der Wahlurne ferngeblieben und haben damit der gegenwärtigen bürgerlichen Rechtsregierung ihr Vertrauen ausgesprochen.

Kommunistenverhaftungen in Braunschweig

Braunschweig, 24. Jan. In einem kommunistischen Verkehrslokal in der Schöppenstedter Straße wurde eine polizeiliche Durchsuchung vorgenommen. Dabei wurden mehrere Pistolen mit der dazugehörigen Munition und Schlagwerkzeuge beschlagnahmt und 40 Kommunisten zur Feststellung ihrer Personalien festgenommen. In einem Flugblatt fordern die Kommunisten die Arbeiterschaft für Montag zum Proteststreik auf. In der Stadt war es während des ganzen Sonntags sehr unruhig. Der Polizei gelang es aber rechtzeitig, größere Ausschreitungen zu verhindern. Gegen Abend wurde ein Hitler-Junge auf dem Steinweg niedergeschlagen.

Die Reichsbahn kein Tributobjekt

Berlin, 23. Jan. Zu den Gerüchten über einen französischen Plan, die Abtretung der Deutschen Reichsbahn zu verlangen, und sie für Rechnung der Tributgläubiger auszubeuten, erfahren wir von zuständiger Seite, daß ein solcher Plan der Reichsregierung nicht vorliegt, daß aber über ein derartiges Ansinnen auch nicht verhandelt werden würde. (?)

Dr. Goebbels gegen Berliner „Justiz"

Berlin, 23. Jan. Im Kurfürstendamm-Prozeß wurde Sonnabend Pg. Dr. Goebbels vernommen. Dr. Goebbels sagte, er wisse, daß die Behauptung, er habe mit Graf Helldorf bereits einige Tage vor dem 12. September eine planmäßige Demonstration besprochen, **von einem Gewährsmann des Polizeipräsidiums stammt.**

„Man soll mir erst diesen Mann Auge ins

Es kommt immer dicker!

Steuerverzugszuschläge werden wieder eingeführt

Berlin, 23. Jan. Die durch die 4. Notverordnung vom 8. Dezember 1931 aufgehobenen Steuerverzugszuschläge werden am 1. Februar wieder eingeführt. Der neue Verzugszuschlag beträgt halbmonatlich 1,5 v. H., während der alte Verzugszuschlag bekanntlich erheblich höher war. Der Zuschlag gilt für die wesentlichsten Steuerarten, sowohl für die Steuern des Reiches als auch der Länder und Gemeinden, u. a. für die Einkommensteuer, Vermögenssteuer, Erbschaftssteuer, Körperschaftssteuer, Grund- und Gewerbesteuer usw. Die Bürgerschaftssteuer wird von den neuen Maßnahmen nicht erfaßt.

Ergebnisse des Volksbegehrens

Oldenburg, 24. Januar. Nunmehr liegen die Einzeichnungsergebnisse aus dem Landesteil Oldenburg bis auf einige kleinere Bezirke vor. Die Gesamtziffer beträgt nach den jetzt vorliegenden gesammelten Listen 62 249, was bei 287 231 Wahlberechtigten etwa 21,7 Prozent ausmacht. Die Zahl der hinter dem Volksbegehren stehenden Parteien (Nationalsozialisten, Deutschnationale und Landvolk, **die Kommunisten sollen sich nur so schwach beteiligt haben, daß sie unberücksichtigt bleiben können, obwohl sie auch für die Auflösung des Landtags eintreten)** betrug bei der letzten Landtagswahl am 17. Mai 1931 im Landesteil Oldenburg 96 672, so daß die Volksbegehren-Parteien bereits für die Eintragung in die Listen etwa Zweidrittel ihrer Wähler vom Mai v. J. mobilisierten.

Zu dem Ergebnis aus Friesoythe sei bemerkt, daß hier noch drei Gemeinden ausstehen, daß aber nach einer zusammenfassenden Meldung südoldenburger Zeitungen das dortige Ergebnis insgesamt 7772 betrug, was 6,9 Prozent aller Wahlberechtigten bedeuten würde.

In der Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Oldenburg der NSDAP. wies Gauleiter Röver, M. d. R., auf den Erfolg des Volksbegehrens hin und gab der Hoffnung Ausdruck, daß Zentrum und Sozialdemokratie angesichts der fast 80 000 Eintragungen nun nicht noch lange Umstände machen möchten. Weiter teilte der Gauleiter mit, daß der Landtagspräsident Eichler schwer erkrankt ist.

Hochfinanz fühlt sich durch nationalsozialistische Propaganda beunruhigt

Zur Abschreckung nationalsozialistischer Wähler und solcher, die es noch werden könnten, hielt kürzlich der Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes Dr. Solmssen einen Vortrag, der kommentarlos von der gesamten liberalistischen Presse aufgenommen wurde.

Da im Mittelpunkt des Vortrages eine Reihe nationalsozialistischer Programmpunkte stand und diese selbstredend als Utopien bezeichnet wurden, müssen wir Herrn Dr. Solmssen die Ehre antun, etwas näher darauf einzugehen, zumal die für das deutsche Volk so kläglich zusammengebrochene Zinssenkungsaktion des Herrn Brüning ein schlagartiges Licht auf die Unaufrichtigkeit des vertretenen Standpunktes des Vortragenden wirft. Solmssen erklärte, daß sich der Anteil der Banken an den Zinserträgen lediglich auf die Marge zwischen Debet- und Kreditzinsen beschränkte und dabei weiß jeder Kreditnehmer, daß die versteckten Gebühren der Banken für Provisionen, Umsatz, Ueberziehung und wie die schönen Dinge sonst noch alle heißen, unter Umständen ebenso drückend zu sein vermögen, wie die Zinssätze selber. Und wie sieht es nun mit der Marge aus? Die Banken sind durch die Zinssenkungsaktion verpflichtet worden, keine höheren Zinsen als 3,5 bis höchstens 6 Prozent zu bewilligen, dagegen steht es ihnen frei, Zinssätze bis zu 10 Prozent zu verlangen. Schlägt man nun die üblichen Sondergebühren hinzu, so kommt man auf einen wahrlich nicht bescheiden zu nennenden Zinssatz von 12 bis 13 Prozent. Dieser ergäbe einen Bruttonutzen von wenigstens 6 in vielen Fällen aber bis zu 9 Prozent. Es kann also kaum gesagt werden, daß der Ruf nach der Brechung der Zinsknechtschaft keine Berechtigung und demnach nur agitatorischen Charakter hat.

Der Zusammenbruch der Zinssenkungsaktion ist in den meisten Zeitungen so geschickt vertuscht worden, daß der mittelständlerische Unternehmer hiervon erst etwas gemerkt hat als seine Zinsbelastungen bei den Banken mehr oder weniger die gleichen blieben. Es ist verständlich, daß ein allgemeiner Schrei der Entrüstung durch die gesamte Wirtschaft ging, denn sie hatte gehöfft durch diese Zinssenkung wenigstens etwas Luft zu bekommen. Die Beruhigungspille, die man in Form der in Aussicht genommenen örtlichen Bankenausschüsse zu verabreichen versuchte, wird nicht so ohne weiteres geschluckt werden, weil der beabsichtigte Zweck damit niemals erreicht wird. Der örtliche Bankenausschuß soll nämlich feststellen, welcher Zinssatz für den betreffenden Platz angemessen ist. Wenn man weiß, daß die gesamte Wirtschaft heute mehr oder weniger auf die Kreditnahme bei den Banken angewiesen ist, so steht ohne weiteres fest, daß die Kommissionsmitglieder bei ihrer Abhängigkeit von den Banken einfach nicht in der Lage sein werden, eine für die Gesamtwirtschaft wünschenswerte Senkung durchzusetzen. Im übrigen werden derartige Kommissionen nur zu leicht den Einflüsterungen der Banken persönlicher Vorteile wegen erliegen. Man muß sich fragen, ob unsere Regierung tatsächlich noch regiert oder ob sie regiert wird, wenn solche Dinge möglich sind.

Die Banken wollen nach Dr. Solmssen die wirtschaftliche Entwicklung vorausgesehen haben und wir glauben es ihnen, weil sie selbst offen oder getarnt die Politik auf das Gleis geschoben haben, die das Volk ins Unglück führte. Denken wir an die Inflation oder daran, daß auf keiner der wichtigen Konferenzen die Vertreter der internationalen Finanz gefehlt haben. Sie haben dieses Wissen um die Entwicklung nach Dr. Solmssen in allen Kundgebungen ihrer Standesvertretung zum Ausdruck gebracht; man kann dieses auch tun, um später einen Treuzeugen für seine Harmlosigkeit zu haben und um so leichter handeln zu können. Wir kennen zur Genüge die Hintertreppen des internationalen Leihkapitals.

Wie sonderbar muß es anmuten, wenn Dr. S. zum Ausdruck bringt, der Zins sei der Gradmesser für den Wert des Geldes und für das Vertrauen, das die Inhaber des Geldes den allgemeinen Verhältnissen entgegenbringen, wo wir doch gerade gesehen haben, daß die Einleger verhältnismäßig schlecht abschneiden und gerade das Hamstern des Geldes der beste Beweis dafür ist, daß den Banken seit der Zeit der Bankkrachs kein Vertrauen mehr entgegengebracht wird. Andererseits soll der Zins der Gradmesser für den Wert des Geldes sein und man fragt sich mit Recht, ob der Wert unseres Geldes so schlecht ist, daß bis zu 13 Prozent Zinsen verlangt werden müssen. Im übrigen ist das alles nur Kulisse, um die wahren Hintergründe zu verdecken, denn keine Bank gibt heute Kredite ohne doppelt und dreifache Sicherheiten. Ein armes Volk muß hohe Zinsen zahlen, sagt das internationale Leihkapital und mit ihm Dr. Solmssen; man ist sich aber nicht darüber im klaren, welch verwerfliche Gedanken damit ganz öffentlich ausgesprochen werden. Deutlich wird an jenem Ausspruch, daß es von Vorteil für das internationale Leihkapital ist, ein Volk auf Grund der ihm zu Gebote stehenden Machtmittel verarmen zu lassen, damit man es dann umso besser in die Fronarbeit für die ganze Welt einspannen kann. Wenn auch nur ein Funken sittlichen Empfindens in den Repräsentanten des internationalen Kapitals schlummerte, müßte man den Satz anerkennen: „Wer arm ist, kann nur wenig geben und demnach auch nur niedrige Zinsen zahlen."

Es ist recht erfreulich, daß durch derartig unbedachte Aussagen prominenter Vertreter der kapitalistischen Weltordnung, die Berechtigung unseres Kampfes gegen dieselbe aufgezeigt wird.

Ob Herr Dr. S. es selber glaubt, daß ein Verstoß gegen die geheiligten Grundsätze der Kapitalwirtschaft zu erhöhter Arbeitslosigkeit führt!? Oder soll dieser etwa gar heißen, daß 6 Millionen Arbeitslose unter einem anderen als dem kapitalistischen System in Erscheinung getreten sind? Und jetzt kommt der Pferdefuß zum Vorschein: Die Warnung vor der Binnenwährung. Es soll uns ein Zeichen sein, daß wir uns mit unserer Anschauung auf dem richtigen Wege befinden, wenn ein Vertreter des Großkapitals mit beredter Zunge von den entsetzlichen Folgen eines derartigen Beginnens spricht. Schaffen wir uns nämlich aus unserer Finanzhoheit heraus die Mittel selber, die wir als Bindeglied für den Warenaustausch auf dem Binnenmarkt nötig haben, so können wir das internationale Leihkapital entbehren. Warum sind denn internationale Vereinbarungen hinsichtlich der Golddeckung der Währungen getroffen worden? Sicher nicht aus den Gründen, die uns immer wieder erzählt werden, sondern in erster Linie, weil ein Interesse besteht, daß auf die internationalen Golddepots zurückgegriffen wird, falls die Umlaufmittel in irgendeiner Volkswirtschaft einmal nicht ausreichen. Würde man die Umlaufmittel ohne sich an eine bestimmte Golddeckung zu halten, entsprechend den jeweiligen Erfordernissen der Volkswirtschaft erhöhen, so würden in Zukunft die notorischen Nichtstuer, die sich an dem Fleiße aller Völker der Erde bereichern, ihren Anteil nicht mehr bekommen. Daß diese Auffassung richtig ist, sehen wir heute ganz deutlich an England, den nordischen Staaten sowie Japan. Vertrauen zu der Regierung, die hinter der Währung steht, ist von größerer Bedeutung als die Golddeckung, das hat man in Frankreich kürzlich am besten feststellen können, als trotz einer 80prozentigen Golddeckung alles auf die Banken lief, um seine Noten gegen Gold einzuwechseln.

Haben wir nach den Erfahrungen der letzten 14 Jahre vom Ausland irgend etwas Gutes zu erwarten? Nein! Und deshalb wollen wir uns vor Augen halten, daß die uns im Dawespakt aufgezwungene Rückkehr zum Goldstandard (wir fühlten uns bei der Rentenmark sehr wohl) doch wohl nur im Interesse unserer Gegner gelegen hat.

Amerika und Frankreich besitzen den größten Goldanteil der Welt und zwar erheblich mehr als zur Deckung der Umlaufmittel erforderlich ist. Was würde eintreten, wenn man soviel Noten drucken würde, bis die durchschnittliche Deckungsgrenze von 40 Prozent erreicht wäre? Ein sprunghaftes Hinaufgehen der Warenpreise, wie wir es in der Inflation erlebt haben, weil das Verhältnis zwischen Umlaufsmitteln und Handelsvolumen nicht gewahrt blieb. Und die Kehrseite der Medaille?! Der nach Genf entsandte Bankfachverständige Melchior hat offen erklärt, daß die Golddeckung der deutschen Währung nur noch 10 Prozent betrüge. Wir haben aber trotzdem kein Emporschnellen der Preise, das aber doch zwangsläufig hätte eintreten müssen, wenn eine Entwertung des Geldes mit einer Verminderung der Golddeckung zwangsläufig Hand in Hand gehen müßte.

Es ist selbstverständlich, daß man sich gegen unsere weltanschaulichen Ideen mit Händen und Füßen sträubt, weil die Verwirklichung dieser Ziele für das Leihkapital der Anfang vom Ende ist. Wir lassen uns deshalb nicht beirren und schließen mit den Worten Dr. Solmssens:

Wiederaufbau des nationalen Kapitals — aber wie wir es meinen, nämlich für die Erfüllung unserer nationalen Aufgaben, richtig verteilt, als Dienerin der Wirtschaft.

hm.

Aus Bremen

Tennis

Anfängerkurse im Weser-Stadion. Der Stadion-Tennis-Club Rot-Weiß läßt an Anfänger und Vorgeschrittene in der Stadionhalle am Osterdeich unentgeltlichen Unterricht in Theorie und Praxis durch den Stadion-Tennis-Trainer erteilen. Dieser Unterricht kann von den einzelnen Damen und Herren nach vorheriger Vereinbarung auf bestimmte Tage und Stunden gelegt werden. Der erste Kursus beginnt Anfang Februar, er umfaßt 6 Gratis-Trainerstunden und 6 Gratis-Theorie-Stunden; danach ist Gelegenheit zum Weiterspielen gegeben. Der zweite Kursus beginnt Mitte Februar, der dritte Ende Februar usw. usw. — Wer daran teilzunehmen wünscht, setze sich sofort mit dem Sekretariat des Clubs, Stadiontribüne am Osterdeich, Zimmer 103, Hansa 40673, in Verbindung; er wird dort Näheres erfahren.

Wochenspielplan des Stadttheaters. Heute, Montag, geschlossene Vorstellung. Dienstag, 20 Uhr (105. Ab.-V.), das entzückende Liebes-Lustspiel: „Ingeborg". Mittwoch, 20 Uhr (106. Ab.-V.) „La Traviata". Donnerstag, 20 Uhr (107. Ab.-V.) der glänzende Schauspielerfolg: „Die Journalisten". Freitag, 18.30 Uhr (108. Ab.-V.) dritter Abend im Wagner-Zyklus: „Siegfried". Sonnabend, 19.30 Uhr (109. Ab.-V.) „Die Kaiserin". Sonntag, 11 Uhr, zu ganz kleinen Preisen: „Minna von Barnhelm". 15 Uhr: „Im weißen Rößl". 19.30 Uhr (10. Ab.-V.) „Margarethe". Dienstag, den 2. Februar, 20 Uhr (111. Ab.-V.) Gastspiel indischer Hindus mit einem großen indischen Orchester (Tanz und Spiel).

Deutsche Jugendbühne im Stadttheater. Die schulentlassene Jugend, ganz gleich welcher Richtung, wird hiermit aufgefordert, die Bestrebungen der deutschen Jugendbühne zu fördern. Anmeldungen können geschehen bei den Vorständen der Verbände, denen die Jugend angehört, oder in der Geschäftsstelle Buchtstraße 54. Es wird nur ein geringer Jahresbeitrag (Rm. 0.50) zur Bestreitung der Verwaltungskosten erbeten. Karten zum Einheitspreise sind erhältlich bei den Vorständen der Jugendverbände, in der Geschäftsstelle Buchtstr. 54 und am Vorstellungstage an der Stadttheaterkasse. Die Karten werden im Auslosungswege vergeben. Die nächste Vorstellung findet statt im Stadttheater am Sonntag, dem 31. Jan., vormittags 11 Uhr, und bringt „Minna von Barnhelm" von Lessing in ganz neuer Ausstattung. Eintreten in die deutsche Jugendbühne, Karten kaufen für die nächste Vorstellung! In großer Zahl der Vorstellung beiwohnen! Das ist die Losung. Angehörige und Freunde können ebenfalls an der Vorstellung teilnehmen.

Bremer Wissenschaftliche Gesellschaft. 25. Januar: Naturwissenschaftlicher Verein, 20 Uhr, Vortragssaal im Atlantishaus: Prof. Grebe, Bonn: „Probleme der modernen Physik". Nur für Mitglieder. — 27. Januar: Naturwissenschaftlicher Verein (Biologische Fachgesellschaft): 20 Uhr, Städt. Museum: Dr. Behre: „Ueber Regeneration bei Blütenpflanzen mit Ausblick auf die Keimplasmatheorie". — Olbersgesellschaft: 20 Uhr, Neues Gymnasium: Diskussionsabend, für Mitglieder und Gäste. Diskussionen über folgende Probleme: 1. Kann man durch lange Röhren (Bergwerksschächte, Schornsteine) am Tage die Sterne sehen? 2. Hatte die Erde einmal einen zweiten Mond? 3. Das Mondlicht (am Tage schneeweiß, des nachts silberglänzend) erweckt nicht den Eindruck, als sei die Mondoberfläche erstarrte Lava. 4. Worin besteht das Wesen der Schwerkraft? 5. Ueber die Stellung unserer Sonne in der sie umgebenden Sternwolke (Gouldscher Ring). — 29. Januar: Vereinigung der Freunde des Humanistischen Gymnasiums, 20,15 Uhr, Aula des Alten Gymnasiums: Direktor Dr. Hans Schaal: „Wichtige archäologische Ausgrabungen und Einzelfunde der Nachkriegszeit." 1. Abend: Griechenland, Kleinasien und Kreta. Eintritt frei für Mitglieder, Gäste willkommen.

Der Biochemische Verein „Biota" veranstaltet am Dienstag, den 26. Januar, 20 Uhr, im Waidmannssaal von Sielers Festsälen, Eingang Pappelstr., einen interessanten Lichtbildervortrag über die schädlichen Einwirkungen der Untergrundwasserströme auf Menschen und Tiere. Den Vortrag hält der bekannte Rutengänger Herr Wehrs, Lesum. Das Gebiet der schädlichen Einwirkungen der Untergrundwasserströme ist gerade im letzten Jahrzehnt von einer Reihe von Rutengängern außerordentlich erforscht worden und die Ergebnisse in Wort und Bild festgelegt. Während früher die Wissenschaft den Ergebnissen ablehnend gegenüberstand, erkennen heute viele Wissenschaftler und Aerzte die Bedeutung der Wünschelrute an, so Dr. Bach, Bad Elster, Professor Wendler, Erlangen, u. a. Dr. Pritzinger, Düsseldorf, rät jedem, Häuser nicht über Wasseradern zu bauen und schon in gebauten Häusern die Betten so zu stellen, daß sie von Strahlungen nicht getroffen werden. In der „Zeitschrift für Krebsforschung" finden wir einen hochinteressanten Bericht. Danach hat der Wünschelrutenforscher Freiherr von Pohl im Auftrage der Städte Wilsdruff und Grafenau in Bayern mit der Wünschelrute die Hauptuntergrundströmungen festgestellt und das Ergebnis im Stadtplan eingetragen. Dann stellte sich beim Vergleich mit den Listen über das Vorkommen von Krebsfällen heraus, daß sowohl die 54 Krebsfälle der Stadt Wilsdruff, als auch die 17 Fälle von Grafenau genau auf den festgelegten starken unterirdischen Wasserströmungen lagen. Nach dem vorhandenen Tatsachenmaterial muß man annehmen, daß diese Strahlen schädlich auf Menschen einwirken. Deshalb sollte jeder, der Interesse hierfür hat, sich den Vortrag anhören.

Dampferkollision beim Hoheweg-Leuchtturm. Am Sonntagnachmittag gegen 5 Uhr lief der englische Dampfer „Wicklow Head", welcher nach Hafen 1 bestimmt war, in den Werfthafen 1 ein, um noch während der Nacht in Dock 4 einzudocken. Der Dampfer war in der Nacht von Sonnabend auf Sonntag während des herrschenden Nebels beim Hoheweg-Leuchtturm in Kollision mit dem auslaufenden amerikanischen Dampfer „City of Alma" geraten und hatte sich starken Bugschaden zugezogen. „City of Alma" ist im Laufe des Nachmittags zurückgekehrt und in den Kaiserhafen eingeschleust.

Danatbank gegen den Nordwolle-Konkursverwalter

Der dritte Bericht des Konkursverwalters der Nordwolle hat die Danatbank zu einer umfangreichen Erklärung auf den Plan gerufen. Wesentlich daran ist der Eindruck, den die Darlegungen hervorrufen müssen, nämlich daß der Bericht des Konkursverwalters in wesentlichen Teilen **unrichtig und lückenhaft sei, so daß infolgedessen ein durchaus unzutreffendes Bild von den tatsächlichen Vorgängen entstehe.** Insbesondere läßt die Erklärung Bedenken der Danatbank gegen die Entwicklung der Nordwolle bereits im Sommer 1930 erkennen, auf die, so heißt es, Jakob Goldschmidt in einer Präsidialsitzung der Bank in Berlin hingewiesen habe. **Im Gegensatz dazu habe Senator Börners, der diese Sitzung leitete, jedoch Befürchtungen für völlig unberechtigt gehalten und behauptet, daß die Auffassung nur auf gesteigerte Nervosität zurückzuführen sei.** Auf Grund von Informationen, die der Bank zugingen, sei diese damals zu der Vermutung gekommen, daß Lahusen sich über die Ergebnisse des Geschäftsganges vielleicht selbst nicht im klaren gewesen sei und sie habe eine Prüfung deshalb für zweckmäßig und notwendig gehalten. Diese Prüfung sei dann von Dr. Dörner Anfang 1931 vorgenommen worden, der dabei **aber auf Schwierigkeiten von seiten Carl Lahusens gestoßen sei. Ende Juni stellte Dr. Dörner Passiven in Höhe von 200 000 000 Mark fest.**

Zu den sogenannten November-Millionen, einer Transaktion bei der bekanntlich der bremische Staat genannt wird, sagt die Erklärung, daß die Staatshauptkasse von der Forderung der Bank an die Nordwolle (über 32 Mill. Rm.) einen Teilbetrag von 10 Mill. Rm. übernehmen sollte unter Bürgschaft der Danatbank.

Die Unterlassung der Uebersendung einer Buchungsaufgabe an die Staatshauptkasse sei die Folge einer Unterhaltung zwischen Dr. Strube und Senator Börners, in der beide auf Anregung von Senator Börners sich darüber einig wurden, daß eine Aufgabe an die Staatshauptkasse unterbliebe, nachdem Senator Böhmers erklärt habe, daß diese Behandlung der Angelegenheit die Zustimmung der zuständigen Stellen gefunden habe.

Die Danatbank nimmt weiter zu der Besprechung in Berlin Stellung und betont im Zusammenhang mit der Transaktion Hansabank, Bremer Reedervereinigung, daß diese Institute wiederholt darauf hingewiesen worden seien, und sich klar darüber gewesen sein müssen, daß die von ihnen zu zeichnenden Vorzugsaktien unter Umständen bei endgültiger Feststellung des Verlustes sich als verloren erweisen würden. Diese Gesichtspunkte seien auf einer Versammlung am 14. Juni 1931 in Berlin im Protokoll niedergelegt. Die Hansabank bestreitet nachdrücklichst die Berechtigung der Danatbank zur Vorabbefriedigung für die an die NWK. vor dem 19. Juni gegebenen Kredite. Hier stehe Auffassung gegen Auffassung über das, was rechtens sei. Deshalb sei auch der bekannte Prozeß anhängig.

Mieter-Versammlung

Die „Mietervereinigung Groß-Bremen" hatte am letzten Freitag eine gutbesuchte Versammlung im großen Centralhallensaal. Der Redner des Abends war ein Kommunist, Herr Tangermann. Er führte u. a. ungefähr folgendes aus: In Krisenzeiten seien es gerade die Armen der Aermsten, die am schwersten unter der Not zu leiden hätten. Die Besitzenden könnten sich immer noch durchhelfen, so daß sie nicht zu hungern brauchten. Heute fordere man Abbau der Löhne, aber das Kapital habe ein Interesse daran, die Mieten hochzuhalten. Den Vermietern sei es gleichgültig, wo der Mieter Leute das Geld hernähme. Es könne nicht angehen, daß Miete gezahlt würde, solange die Familie hungere. Artikel 155 der deutschen Reichsverfassung besage, daß jedem Deutschen eine Wohnung zustände. 60 Millionen Reichsmark an Staatsgeldern seien in den letzten Jahren für Wohnungsneubauten ausgegeben worden. Und was habe man dafür geschaffen? Beispielsweise die in Bremen errichteten Häuser seien von einer katastrophalen Beschaffenheit, die sich kaum beschreiben ließe. In den Kellern stände das Grundwasser und ein Schlag an die Wand habe die Wirkung, daß der gesamte Putz herunterfällt. Weiterhin habe der Staat mit den Inhabern seiner Wohnungen gemeinen Schindluder getrieben. Häuser die einen Realwert von 4—4500 Mark haben, seien mit 8—9000 Mark zur Mietberechnung veranschlagt, die 6,5 Prozent insgesamt betrage. Davon gelte ein gewisser Prozentsatz als wirkliche Miete und das andere sei Amortisation, so daß bei einer Anzahlung von 200 Mark der Mieter nach 37 Jahren Besitzer eines schuldenfreien Hauses sei. Der bremische Staat habe mit Hilfe der SPD.-Vertreter den gemeinsten Betrug begangen, den man sich überhaupt denken könne. Er habe einen Paragraphen ausgearbeitet, nachdem im Falle eines Nichtzustandekommens des Endkaufs, die gesamten 6,5 Prozent als Miete zu bewerten seien. Die Bremer Mieter seien nicht länger gewillt, sich derartig unverschämten Maßnahmen der Behörden auszusetzen. Sie forderten für alle Mieter: Abbau der Mieten, keine Zwangsmaßnahmen insofern das Nichtzahlen durch die wirtschaftliche Not begründet ist. Staats- und Privatmietern ginge es heute gleich schlecht. Den Hausbesitzern, die ihre Häuser meist mit Hypotheken überlastet hätten, seien sofort die Zinsen herabzusetzen. Zum Ausgleich des Minderbetrages sei die Millionärsteuer einzuführen. Alles in allem: Maßnahmen auf eiserner Basis, aber um jeden Preis nicht mit der „Eisernen Front." Für gesunde Wohnverhältnisse des Proletariats sorge die rote Einheitsfront. Der Redner wandte sich verschiedentlich gegen die SPD. und ihre verlogene „Bremer Volkszeitung".

Aber komisch, komisch, die Forderungen sind uralt. Herr Tangermann, haben Sie schon einmal etwas von den Nazis gehört? Wir wünschen aufrichtigen Herzens, daß die rote Einheitsfront sich in Zukunft nicht nur darauf beschränken möge, mit unseren Ertrieren, sondern daß die wertvollen Elemente — in die NSDAP.

Der deutsche Arbeiter erwacht!

Mit Entsetzen sehen die Juden ihren Schutzwall, den durch Sozialdemokratie und Kommune verkörperten Marxismus, immer brüchiger werden. Da besinnt man sich auf den Unterbau, den man in jahrzehntelanger Vorkriegsarbeit der Sozialdemokratischen Partei angliederte, um den deutschen Arbeiter völlig einzunebeln — auf die marxistischen Organisationen und Gewerkschaften. Die Arbeiter-Sport- und Geselligkeitsvereine und die roten Gewerkschaften, sollen jetzt herhalten, die Befreiung von Judenketten zu verhindern. Selbstverständlich war es leicht, die bezahlten Funktionäre im Namen ihrer Organisation den Aufruf der von den jüdischen Drahtziehern erdachten „Eisernen Front" unterschreiben zu lassen. Aber dann kam eine unüberwindliche Schwierigkeit. Zwar sind noch viele deutsche Arbeiter in den roten Gewerkschaften organisiert, aber die allermeisten sind dort nur noch deshalb Mitglied, **weil sie sich gewisse Versicherungsrechte erworben haben und auf Grund der Sozialgesetzgebung die arbeits- und tarifrechtliche Vertretung fast ausschließlich bei den Gewerkschaften liegt.** Das haben die „genialen" Erfinder der „Eisernen Front" in diesen Tagen recht bitter gespürt. Ueberall in den Betrieben ist ihr Experiment eisiger Ablehnung begegnet. **Der deutsche Arbeiter hat es satt, sich vor den Interessenkarren der Judengenossen spannen zu lassen.**

Eine unvermeidliche Gruppe in dieser Front zum Schutze des Judentums ist selbstverständlich das Sklarek-Banner. Diese Burschen hoffen, ihre Bürgerkriegsgelüste jetzt einmal austoben lassen zu können. Ihre Führer haben in den letzten Tagen hemmungslose Hetzreden gehalten. Auch dieser Ausbruch der Feigheit und Gemeinheit wird auf die Judenknechte selbst zurückfallen. **Wir werden darüber wachen, daß ein zweites Mal der rote Terror dem deutschen Volke den Weg zur Freiheit nicht verwehrt — das mögen sich die Herren merken!** Es ist bezeichnend, daß auch ein Redner des Zentrums bei der letzten Versammlung der bedrohten Judengefolgschaft in Berlin mitgewirkt hat. Die jüdische Staatspartei gehört selbstverständlich auch zu den „Frontkriegern". Der Generalstab dieser Angelegenheit mit dem mutigen Namen, zeigt äußerst würdige Köpfe. **Bernhard Weiß vom Berliner Polizeipräsidium** darf, falls er noch nicht offiziell in die Reihe der hohen Frontführer eingetreten ist, zweifellos die geistige Führung an erster Stelle übernehmen. Seine geistige Verbundenheit zur „Eisernen Front" ging wieder einmal aus einem von ihm gegen das erwachende Deutschland gerichteten Artikel der letzten Zeit hervor. Daß er faktisch den „Generalstäblern" Aufhäuser, Rosenfeld und Judengenossen nicht fernsteht, hat sich langsam herumgesprochen.

Die nationalsozialistische Bewegung sieht in diesem letzten Aufgebot der Juden den Beweis, daß der Endkampf anbricht. Mit uns ist der Sieg, denn wir kämpfen nicht für Gold und Besitz, sondern für Deutschland! **Der Tag für Freiheit und für Brot bricht an!**

Stadttheater

R. Wagner: Das Rheingold

Nach Wochen sorgfältiger Proben und Vorbereitungen gab am Freitag die Rheingold-Aufführung den Auftakt zu dem mit Spannung erwarteten „Ring des Nibelungen", der in diesem Jahre ohne Gäste und in vorzüglicher Besetzung in Szene gehen soll. Schon das Leben am Wall um die achte Abendstunde, mit der in Scharen dem Theater zustrebenden Menge und der Auffahrt zahlreicher Autos, deutete auf ein großes künstlerisches Ereignis hin und ließ die berechtigte Hoffnung aufsteigen, daß Mühe und Fleiß unserer Künstler durch einen außergewöhnlichen Besuch von seiten der Freunde echtester deutscher Kunst belohnt würde.

Die Aufführung sah ein vollbesetztes Haus und bewegte sich auf künstlerischer Höhe. Dazu trugen vor allem die sorgfältige Inszenierung durch Herrn Heythekker, sowie die prächtigen Bühnenbilder bei, die malerisch und stilecht der Phantasie entgegenkommen und den Forderungen des Meisters gerecht werden. Die Götterburg wächst jetzt organisch aus den Felsen heraus und erweckt wirklich den Eindruck, als sei sie, gigantisch wuchtend, von Riesenhänden gebaut. Auch in der Tiefe des Rheines fließt und wogt es, so daß das Spiel der Rheintöchter ungleich lebendiger wirkt. Vollkommen überflüssig sind die unangenehm wirkenden Dämpfe in den unterirdischen Klüften Nibelheims; wir haben schon einmal gelegentlich der Besprechung der „Götterdämmerung" auf das empfindlich Störende dieses veralteten Theaterreouisits hingewiesen.

Herr Dammer bewies als Leiter der Aufführung aufs neue seine vortreffliche Eignung als Interpret der Kunst des Bayreuther Meisters, mit der er sich wesensverbunden fühlt und durch deren Zauber angeregt er dem schöpferischen Willen des Genius nachschaffend Ausdruck verleiht. Das Vorspiel führte in musikalisch anschaulicher Diktion und durch packende Steigerungen belebt in die Szene ein. Vornehm und edel im Ton sang Herr Thement den Wotan, wobei er in Spiel und Haltung die Tragik dieser Gestalt lebendig zum Ausdruck brachte; wir bedauerten die gegen des Ende des Abends einsetzende Indisposition des Sängers. Fräulein Blum stellte dem göttlichen Gemahl eine würdige und hoheitsvolle Frikka zur Seite; Donner und Froh lagen bei den Herren Boehm und Treffner in guten Händen. Den Gewitterzauber sang ersterer wuchtig und schön. Herr Spiro hielt sich in richtiger Weise als Loge von Uebertreibungen fern und brachte in Spiel und Gesang das Wesen dieses Gottes trefflich zur Anschauung. Hervorzuheben ist seine vorzügliche Aussprache; für die großen Akzente dieser Partie wünschte man seiner Stimme eine größere Durchschlagskraft. Lieblich und mit unendlichem Wohllaut gesungen war die Freia Fräulein Reichs, die zu den besten Leistungen des Abends zählt. Herr Kraus wurde der schweren und anspruchsvollen Rolle des Alberich stimmlich und darstellerisch in überzeugender Weise gerecht; Herr Birkenfeld als Mime, sowie die Herren Schweinsberg und Kasper als Riesen, boten bekannt gute Leistungen; letzterer verstand es, seinem Fasolt als dem menschlich Fühlsameren durch die Wärme seines Organs eine besondere Note zu geben. Fräulein Penses Stimme liegt die Erda weit besser als ihre Rheintochter; Fräulein Held und Fräulein Mühlbach ergänzten das Terzett der Rheintöchter mit schönem Erfolg. Das Publikum spendete am Schluß freudigen Beifall.

Will Eilers.

Starke Kälte ist für die Haut nicht gut. Schützen Sie sich durch Verwendung der gegen die Röte der Haut so erfolgreichen Creme Leodor, rote Packung fettfrei — blaue Packung fetthaltig. Unter-Vorkriegspreis.

Das letzte Aufgebot der Juden

In der vergangenen Woche ist in Berlin eine überfüllte Goebbels-Massenversammlung aufgelöst worden. Dr. Goebbels hatte es gewagt, über den jüdischen Berliner Vizepolizeipräsidenten Bernhard Weiß im Zusammenhang mit der sogenannten „Eisernen Front" zu sprechen. Allerdings nur einige Sätze — denn da schritt die Polizei des Herrn Weiß ein. Es ist eben gerade in diesen Tagen dem System und seinen Nutznießern außerordentlich unangenehm, daß der schaffende Deutsche über die wirklichen Ziele der „Eisernen Front" und ihren jüdischen Generalstab aufgeklärt wird.

Wie liegen denn die Dinge? Auf der einen Seite wächst die Bewegung Adolf Hitlers lawinenartig. Der ehrliche deutsche Arbeiter kommt in Scharen zu uns. Er will nicht länger Judenknecht unter der roten Fahne des Volksverrats sein. Unser unermüdliches Trommeln gegen die Irrlehren des Juden Marx dringt bis in das fernste Dorf. Noch bis vor 10 Jahren konnte es der Judenschaft dank der Eigensucht eines verantwortungslosen Bürgertums gelingen, den wurzellos gewordenen deutschen Arbeiter mit den Phrasen „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit" um den Lohn seiner Werte schaffenden Arbeit zu betrügen und ihn zum Fronsklaven der internationalen jüdischen Hochfinanz zu machen. Das Ergebnis eines vierjährigen, heldenhaften Ringens gegen eine Unzahl von Feinden ist eine schreiende soziale Ungerechtigkeit. Bald sechs Millionen Arbeitslose, also mit Familienangehörigen annähernd 20 Millionen deutscher Menschen fristen heute nur kärglich ihr Leben von einem Tag zum andern. Dazu kommt die Unzahl der Kurzarbeiter und die von Herrn Brüning wieder einmal verordnete Not, deren brutalster Schlag der rücksichtslose Gehalts- und Lohnabbau ist. Selbst der leichtgläubigste Arbeiter begreift jetzt, daß er von der Sozialdemokratie an der Nase herumgeführt worden ist. Einige Erfolge des Systems und seiner Helfer sieht er allerdings klar und deutlich. Die Zahl der Bonzenposten ist ungeheuer gewachsen, immer mehr maßgebende Genossen und Stützen des Systems lassen sich vom Staatsanwalt ihre Bestechlichkeit bescheinigen, immer prunkvoller werden die Paläste der Juden und ihre Waren- und Kaufhäuser. Diese Tatsachen sagen dem deutschen Arbeiter genug. Er ist ein Knecht geworden und wird ein Knecht bleiben, wenn er sich jetzt nicht im letzten Augenblick noch besinnt. Und er tut es. Er erkennt seinen Führer aus dieser Schande — er folgt Adolf Hitler.

Rückgang des französischen Außenhandels

Aus den amtlichen französischen Statistiken ergibt sich, daß der französische Außenhandel im letzten Jahre von 95 Milliarden Franken auf 72,5 Milliarden zurückgegangen ist. Die Einfuhr betrug 42 Milliarden Franken, was einen Rückgang um mehr als 10 Milliarden oder 20 v. H. gegenüber dem Vorjahr bedeutet. Die Ausfuhr betrug 30,5 Milliarden, sie sank gegenüber 1930 um mehr als 12 Milliarden, d. h. um 30 v. H. Das Defizit des Außenhandels stieg von 9 675 000 000 auf 11 778 000 000.

Ehrung Pg. Alfred Rosenbergs durch Schweden

Die schwedische Kulturgesellschaft „Gymn" in Stockholm hat Pg. Alfred Rosenberg als Verfasser des „Mythus des 20. Jahrhunderts" zu ihrem Ehrenmitglied ernannt.

Hamburg fast zwei Tage in dichtem Nebel

Hamburg, 21. Jan. Im Hamburger Hafen konnte infolge dichten Nebels nur der Fährverkehr bei größter Vorsicht und großen Verspätungen durchgeführt werden. Im übrigen ruht der Verkehr seit Mittwoch nachmittag vollständig. Freitag morgen wurde von den Nordstationen eine Sichtweite von 40 bis 50 Meter gemeldet. Auf der Elbe beträgt die Sichtweite stellenweise nur 30 Meter. Gegen 11 Uhr wurde von Cuxhaven aufklärendes Wetter gemeldet. Man hofft, daß gegen Mittag wieder freie Sicht sein wird, so daß dann wegen der fast zweitägigen Schiffahrtsstockung mit einem äußerst lebhaften Schiffsverkehr zu rechnen sein wird.

Familien-Anzeigen

Geboren:

1 S. Bernhard Kemna und Frau geb. Behnken; 1 S. Wilhelm Anders und Frau Hanna geb. Autenberg.

Verlobte:

Anita Schmidt mit Arnold von Bremen; Hanna Schwebel mit Alfred Pusch.

Verheiratet.

Hans Neumark mit Lopi geb. May.

Verstorben.

Robert Richard Gericke, 77 J.; Wilhelm Schäfer, 57 J.; Augustine Klippelmeyer, 42 J.; Dorothea Hollje, 76 J.; Adelheid Thomas geb. Wurthmann; Emma Wagner geb. Bischke, 67 J.; Hermann Oldenburg, 60 J.

Amtliche Bekanntmachungen

Der Fleischmehlfabrik übergeben: Ein Rehpinscherhund, ein Wachtelhund ohne Hundezeichen. Meldung innerhalb 24 Stunden in der Fleischmehlfabrik, Findorff-Allee, sonst wird über die Tiere verfügt. **Polizeidirektion.**

Achtung.

Abstellen der Wasserleitung

In der Woche vom 25. bis 30. Januar 1932 einschl. wird in den nachstehenden Straßen die Wasserversorgung von 7 bis 17 Uhr infolge Rohrreinigung zeitweise unterbrochen.

Die Verbraucher wollen sich daher vorzeitig mit Wasser versorgen.

Kurz vor der Abstellung erfolgen nähere Angaben über Zeit und voraussichtliche Dauer durch Laufzettel. Die Bewohner werden gebeten, sich gegenseitig zu verständigen.

Columbusstraße (Nordstraße bis Scheffelstraße), Nachtigallstraße (Nordstraße bis Scheffelstraße), Elisabethstraße nördl. S. (Sielsensweg bis Scheffelstraße), Scheffelstraße (Elisabethstraße bis Columbusstraße), Gerhard-Rohlfs-Straße (Scheffelstraße bis Sielsensweg).

Die Verwaltung der Gas- und Wasserwerke.

Marmor-Fensterbänke für die Wohnungsbauten an der Augsburgerstraße zu vergeben. Angebote bis zum 29. Januar 1932, mittags 12 Uhr, Bauhof, Herrlichkeit 18, Zimmer 124, einzureichen. Unterlagen Zimmer 130 erhältlich.

Wohnungsamt.

Schlosserarbeiten für die Wohnungsbauten an der Augsburgerstraße zu vergeben. Angebote bis zum 2. Februar 1932, mittags 12 Uhr, Bauhof, Herrlichkeit 18, Zimmer 124, einzureichen. Unterlagen Zimmer 130 erhältlich.

Wohnungsamt.

Montag, den 1. Februar 1932, finden staatliche Bullenneben körungen durch die Kommission des Bremer Herdbuchvereins e. V. (Verein der Züchter des Weservarschrinds im bremischen Gebiet) statt und zwar um

9 Uhr vormittags bei Deike, Gastwirtschaft, Woltmershauserstraße 574,

10,30 Uhr vormittags bei Hermann Brinkhoff, Gastwirtschaft, Sebaldsbrücker Heerstraße 189,

12 Uhr mittags bei Oesselmann, Gastwirtschaft, Osiebshauser Heerstraße 113.

24. 1. 1932. **Landwirtschaftskammer.**

Wußten Sie schon, daß **Pg. R. Steinke** beste Maßkleidung zu äußersten Preisen arbeitet SA-, SS-Maßbreeches sehr preisw. Maßschneiderei Goethestraße 28 H. 420 29, Zahlungserleichterung

Jetzt Anmeldung für **Frischens** Schreib-, Sprach- und Handelskurse Beginn der neuen Kurse Anfang Febr. Bredenstraße 14 ab Martinistraße

Stadttheater

Heute

Montag, 20 Uhr, Geschlossene Vorstellung für den Arbeiter-Bildungsausschuß

Dienstag, 20 Uhr, 105. Ab.-Vorst.

Ingeborg

Lustspiel von Kurt Götz

Mittwoch, 20 Uhr, 106. Ab.-Vorst.

La Traviata

Donnerstag, 20 Uhr.

107. Abonnements-Vorstellung

Der große Lustspiel-Erfolg

Die Journalisten

von Gustav Freytag

Vorverkauf täglich in den üblichen Kassenstunden

Die Abonnementsrate ist fällig!

In den Centralhallen

Düsternstraße:

Volkstüml. Vorst. des Stadttheaters

Montag, 25. Januar, 20.15 Uhr

Freitag, 29. Jan., Sonntag, 31. Januar

In neuer Einstudierung

Die erfolgreiche Posse

Robert u. Bertram

oder

Die lustigen Vagabunden

Posse mit Gesängen und Tänzen von Gustav Raeder

Zwischenaktsmusik

Kleine Preise! Vorverkauf täglich!

Schauspielhaus

Heute

Montag, Serie A/12

Die bedeutendste Neuerscheinung des Jahres

Rauhnacht

Schauspiel von Richard Billinger

Dienstag, Serie B/12

Das Geschäft mit Amerika

Lustspiel von Paul Frank Hierauf

Satans Maske

Groteske von Paul Czinner

Mittwoch

12. Kammerspiel „Mittwoch"

Rauhnacht

Blumenhaus Stoltenberg

In der Runken 17 Domsh. 208 05

Indische Hindus

Uday Shan-Kar

mit Sinkie und einem indischen

Hindu-Orchester

5 Originaltänze original indische Weisen

Tanzen und Spielen

im

Bremer Stadttheater

am Dienstag, dem 2. Februar, 20 Uhr (111. Abonn.-Vorst.)

Preise der Plätze: 80 Pfg. — 5.50 Mk.

Vorverk. ab Dienstag, den 26. Januar

Philharmonische Gesellschaft

Morgen!

Dienstag, 26. Januar, Glocke 8 Uhr

3. Kammermusikabend 2. Serie

Klingler-Quartett

Quartette von Haydn op 76 no: 5. D-dur. Schumann op 41 no: 2 F-dur. Beethoven op 130. B-dur.

Karten Mk. 5, 6, zuz. 30 Pfg. Gard. bei Praeger & Meier

Vereinsabzeichen

Bruno Mulde Stempelfabrik Bremen Wesenstr. 28 Tel. Domsheide 2888

Gravierungen Waschmetallschilder

Uday Shan-Kar



zum Gastspiel am Dienstag, 2. Febr. im

Bremer Stadttheater

Stadion - Tennis - Club „Rot-Weiß"

1. diesjährige gesellschaftliche Veranstaltung

Rot-Weiß-Rosenmontag im Astoria

Montag, 8. Februar, 20.30 Uhr. Glänzendes Programm. Fabelhafte Dekorationen. Bunte Kostüme oder Gesellschaftstanzug. Clubeintrittskarten 1 Mark für Rot-Weiß- u. Stadion-Mitglieder, Gäste können eingeführt werden. Karten- u. Tischbestellungen sofort in das Rot-Weiß-Sekretariat i. d. Stadiontribüne, Osterdeich, Zimmer 103, Hansa 40673

Winkelmann Uhren — genaue Zeit! Qualitätsware Papenstr. 17, Domsh. 29718

Kallensee's Möbelhalle gegründet 1906

Durch **Bareinkauf** biete ich etwas **Besonderes**, was nicht jeder kann in **Qualität**

Schwere echt Eiche mit Nußbaum **Schlafzimmer ca. 500 Kilo** schwer, **470 Mk.**

Schwere echt Eiche mit Nußbaum **Eßzimmer kompl. 295 Mk.**

elegante Natur-Küchen **kompl. 129 Mk.** usw. reiche Auswahl

Doventorsteinweg 89/91 und Lauterbachstraße 1

Gib Dein Kampfblatt weiter

Anzeigen-Schluß für die „B. N. Z." 9 Uhr vormittags

Dr. Goebbels spricht am 27. Januar 20.30 Uhr im Casino

Karten in der BNZ und Rembertistraße 31-32

Lest die BNZ

Neue Limousinen Selbstfahrer

Auto-Meyer Weser 84503

Unterricht

Energische Nachhilfe private Vorbereitung zum Abitur usw. durch jung. Akademiker Angeb. u. R 277

Fahrschule Edmund Will

Georgstraße 65 Roland 7341

Öffentliche Versammlung

Dienstag, 26. Januar, 20.15 Uhr

Aumunder Sporthaus

Redner: **Pg. Janssen**

Thema: **Der Verrat der freien und christlichen Gewerkschaften**

Eintritt 30 Pfg. Erwerbslose 15 Pfg.